

Fokusgruppen des Bürger-Dialogs Altona -

Ein Fazit aus Sicht von VIN-Rissen

Einleitung:

Fokusgruppe I: Städtebau-Architektur- Wohnen

Anwesend war eine überschaubare Gruppe von ca. 50 Teilnehmern, darunter Vertreter des Bezirksamtes Altona, der SAGA gwg, der Architekt des Planungsbüros, eine Mitarbeiterin von „fördern und wohnen“ (f&w). VIN Rissen war zahlreich vertreten.

Der Moderator Herr Birzer (SUPERURBAN) leitete alle 3 Fokusgruppen.

In dieser 1.Dialogveranstaltung wurden zahlreiche Sachfragen gestellt, die nur z.T. beantwortet wurden oder werden konnten. **Tenor der Fragen war: Bevor man in eine Diskussion über die Bebauung von Rissen-Suurheid einsteige, müsse die Planung des Bezirksamtes und des Senats erst einmal bekannt sein.** Herr Gerdemann, Dezernatsleitung des Dezernats für Wirtschaft, Bauen und Umwelt des Bezirksamts Altona, betonte dagegen, dass man die Veranstaltungen dazu nutzen wolle, in den Dialog mit den Anwohnern vor Ort zu treten, bevor die Planung abgeschlossen sei. Ziel der 3 Veranstaltungen sei es heraus zu finden, welchen Beitrag Rissen leisten könne. Man wolle neue Kenntnisse über die Standorte gewinnen. Er vertrete den Senat und werde diesem berichten. Deswegen müsse auch kein Senatsvertreter vor Ort sein, wie von den Teilnehmern gefordert.

Die Diskussion in der großen Runde war lebhaft, da so viele Eckpunkte der Planung vor einem Einstieg in die Diskussion offen bleiben sollten. Man hatte den Eindruck, dass die Bürger vor Ort über den Sachstand der Planung eigentlich im Dunkeln gelassen werden sollten. Deswegen versuchten zahlreiche Teilnehmer, durch wiederholte und präzise Fragen, Licht in das Dunkel zu bringen. Beispielsweise hatte Herr Leo von „fördern und wohnen“ in der Auftaktveranstaltung zu den DIALOG-Workshops ausgeführt, dass er dringend örU-Plätze bräuchte, weil in anderen örU, z.B. in Altona, schlicht kein Platz ist. Er erklärte aber gleichzeitig, dass dort kein Platz sei, weil dort Leute die Zimmer belegen würden, die keine Wohnungen finden würden. Wenn er also freie Wohnungen hätte oder es mehr geben würde, dann gäbe es auch wieder Platz in den örU, hieß es (örU = öffentlich-rechtliche Unterbringung). Für manch einen Rissener stellte sich somit die Frage, warum denn in Rissen nicht auch entsprechende Wohnungen gebaut werden? Schließlich sieht der Bebauungsplan genau diese doch vor?! Auch die Stadtplaner konnten diese Fragen nicht beantworten. Man war sich am Ende einig, dass es auch für das Bezirksamt viel einfacher wäre, überall Wohnungen mit 25% Flüchtlingsbelegung zu planen.

Zu den geplanten Arbeitsgruppen kam es aufgrund der regen Diskussion nur am Rande.

Sachstand der Planung des Bezirksamtes und der SAGA gwg scheint zu sein:

1. Herr Gerdemann führt aus, dass das an die Bürgerschaft gerichtete Volksbegehren keine Auswirkung auf die Planung der öffentlichen Verwaltung habe. Der Auftrag der Bezirksverwaltung ergebe sich aus dem Beschluss der Bezirksversammlung, für das Gebiet Rissen 45 eine Planung auf Basis 400+200 WE vorzulegen.
2. Er stimmt zu, dass Sieversstücken und Suurheid als eine Einheit zu betrachten seien.
3. Hamburg sei eine Stadt mit der Perspektive Wachstum. Der Bedarf an Wohnungen sei hoch. Der Bebauungsplan Rissen 45 sei in seinen Grundzügen bereits vor 7-8 Jahren entstanden. Das Grundstück sei „zu wertvoll“ um es nur mit 230 Wohneinheiten zu bebauen. Eine Bebauung überwiegend mit Doppel- und Reihenhäusern sei auch nicht nachhaltig und würde zu viel Fläche verbrauchen. Daher müsse man das Gelände dichter bebauen. Das Bezirksamt ist aufgrund des Beschlusses der Bezirksversammlung beauftragt worden 600 Wohneinheiten, davon 400 WE für Flüchtlinge zu planen. Die 400 + 200 WE seien nicht in Stein gemeißelt. Die bestehende Auftragslage könne noch modifiziert werden. Es blieb offen, ob der Senat oder die Bezirksversammlung als politisches Organ der Planung des Bezirksamtes (der Verwaltung) dann folgen wird.
4. In der jetzigen Planung ist die Bebauung mit 2-5 geschossigen Wohnblöcken vorgesehen.
5. Die SAGA gwg plant die Bebauung des Grundstückes der FHH (ehem. Schwesternwohnheim). Ein Bauantrag ist in Vorbereitung. Der Bauantrag soll frühestens im Mai gestellt werden. Das Grundstück ist noch nicht im Besitz der SAGA. Ein Vertragsabschluss über den Kauf des Grundstückes (Abschnitt D) durch die SAGA steht kurz bevor.
6. Das Planungsbüro ist vor ca. 3 Wochen von der SAGA beauftragt worden. Es werden 4-5 geschossige Wohnblocks mit insgesamt max. ca. 148 WE im Abschnitt D geplant. Die Pläne wurden dem Bezirksamt zur Verfügung gestellt.
7. Stellplätze sind für die Errichtung des sozialen Wohnungsbaus nicht mehr vorgeschrieben. Es wird mit 0,3 Stellplätzen/WE geplant.
8. Die Wohnungen sollen später zu 100% im sozialen geförderten WB belegt werden.
9. Aus dem Kreis der Teilnehmer kam erneut die Anregung, im 1. Bauabschnitt der Neuen Mitte von Altona, in dem die SAGA gwg ebenfalls Wohnungen im 1. Förderweg baut, im Tausch zu Rissen einen Teil der Wohnungen als Wohnungen zu nutzen. Die Vertreter der SAGA gwg wollten diese Anregung mitnehmen. VIN Rissen ist auf die Antwort gespannt.
10. Desweiteren wurde durch die Teilnehmer darauf hingewiesen, dass in Rissen bereits über den Bebauungsplan die Voraussetzungen für Wohnungsbau gegeben seien, es daher gar nicht nötig sei, zu 100 % für Flüchtlinge nach den neuen Baugesetzen zu bauen. Eine komplette Durchmischung sei daher von Anfang an möglich.

Fokusgruppe II: Wege zur Integration

Die Teilnehmerzahl war mit ca. 80 Teilnehmern höher, wobei auffiel, dass viele Teilnehmer dieses Abends, z.B. Vertreter der ev. Kirche, des Sportvereins, der Rissener Runde, der Ehrenamtlichen aus Sieversstücken und Flüchtlinge, nur diesen Abend nutzten, um sich auszutauschen und ihre Ideen einzubringen. Das Bezirksamt und „fördern und wohnen“ waren vertreten.

Auch zu Beginn dieses Abends gab es Gelegenheit Fragen zu stellen. Diese Fragen bezogen sich auf den Stand der Planung bezüglich der Anzahl und der Zusammensetzung der Flüchtlinge, die in der geplanten öffentlich rechtlichen Unterbringung „örU“ untergebracht werden sollen. Auffallend war wiederum, dass der Sachstand der jetzigen Planung nicht fest stand, sondern im „freien Raum“ diskutiert werden sollte.

Ein paar Fakten gab es vor den Arbeitsgruppen dann doch noch.

1. Sieversstücken soll mit einer Höchstzahl von 734 Flüchtlingen belegt werden.
2. Es werde mit 400 WE für 2000 Flüchtlinge in Rissen-Suurheid geplant.
3. Die Belegung werde mit 60% Familien und 40% Alleinstehenden geplant.
4. Eine hauptamtliche Stelle für die Koordination der Ehrenamtlichen („Stadtteilmanager“) soll in 2-3 Monaten ausgeschrieben werden. Die Ausschreibung ist in Vorbereitung. Das Ziel sei, diese im Sommer zu besetzen.
5. Der Betreuungsschlüssel für die örU wird mit 1:80 geplant, d.h. für jeweils 80 Flüchtlinge soll es eine hauptamtliche Betreuungskraft/ Sozialarbeiter geben, für die technische Betreuung ist ein Schlüssel von 1:160 geplant.

Frau Buchholz, Dezernatsleitung des Dezernats für Soziales, Jugend und Gesundheit des Bezirksamtes Altona führte aus, dass immer noch viele Flüchtlinge ruhigere Plätze für das Zusammenleben brauchen. Außerdem habe man jetzt aufgrund des abnehmenden Flüchtlingsstroms mehr Zeit und Ressourcen, um sich um die Integration zu kümmern. Es werde nicht für eine spezielle Gruppe geplant. Die Planung solle gemeinsam mit Rissen erfolgen. Nicht die Mehrheitsgesellschaft solle die Neuankömmlinge eingliedern, man solle voneinander lernen. In Rissen gäbe es schon Ideen der Kirche, des Sportvereins und anderer Institutionen, die man in die Planung aufnehmen wolle.

Pastor Knuth stellte sozusagen als deren Leitung, die Rissener Runde und den Arbeitskreis Integration vor. Die Planung und Koordinationsaufgaben würden je nach Szenario durchgespielt. Integration verstehe er als Begegnung nicht als Assimilation. Die Projektionen müssten gegenseitig gebrochen werden.

Herr Grötschel vom RSV schlug eine Integration durch Sport vor, hatte allerdings keinerlei Konzept oder Ressourcenplanung. Man müsse sehen, welche Kapazitäten es im Verein gäbe und ob dann z.B. Sportplätze frei wären. Es ließe sich jetzt noch nicht sagen, wie viele Menschen über den

Sport integriert werden könnten und wie das zu finanzieren sei. Doch Herr Grötschel schlug vor, zunächst einmal abzuwarten, bis die Flüchtlinge da sind und dann zu planen. Es gäbe noch keine zusätzlichen Trainer, doch die Flüchtlinge könnten sich evtl. auch selbst trainieren.

Herr Tiddens von der Rissener Runde forderte, dass das Stadtteilmanagement in die Mitte von Rissen gelegt wird und nicht nach Rissen Suurheid. Er hatte außerdem errechnet, dass ca. 500 bis 700 Helfer für die Integration benötigt würden, legt man die Anzahl der Ehrenamtlichen Helfer zugrunde, die bereits in der Vergangenheit in Sieverstücken I tätig waren.

Einer der 3 anwesenden Flüchtlinge führte aus, dass die Flüchtlinge möglichst schnell in Wohnungen wohnen möchten.

Die Diskussionen in den verschiedenen Arbeitsgruppen verliefen aus Sicht von VIN Rissen konstruktiv, an den Stellwänden wurden zahlreiche Vorschläge zu unterschiedlichsten Themen gesammelt. Es waren viele, sehr interessante Ideen dabei. **Allerdings blieb die Frage im Raum, wie skalierbar diese Ideen in der Realität wirklich sind, um die Integration von mehreren tausend Flüchtlingen sicherzustellen.**

Fokusgruppe III: Freiräume-Wegebeziehungen-Infrastruktur

Der Kreis der Teilnehmer war ähnlich klein wie am 1. Abend. Nicht wenige dieser Teilnehmer haben alle 3 Abende besucht. Vertreten waren außerdem das Bezirksamt, „fördern und wohnen“, die SAGA und die Stadtteilschule.

Herr Gerdemann hielt einen input-Vortrag.

Es gehe um 3 Themengebiete: Grünflächen/ Freiflächen (Spielplätze, Begegnungen, Außenräume), Wegebeziehungen (Erschließungsnetz) und Infrastruktur/Verkehrsinfrastruktur.

Das Hauptinteresse der Teilnehmer war das Themengebiet Verkehrsinfrastruktur.

Zur Verkehrserschließung von Rissen-Suurheid wurde von den Vertretern des Bezirksamts ausgeführt, dass die Erschließung des Gebietes über eine Brücke nicht mehr geplant werde, obwohl diese Teil des rechtskräftigen Bauplans ist und einer der Schwerpunkte bei der Entwicklung dieses Plans war. Für die Brücke werden Kosten in Höhe von 6 Mio € veranschlagt, die für die Erschließung des vergleichsweise kleinen Wohngebietes als zu teuer angesehen werden.

Das Wohngebiet soll über eine BÜSTRA-Anlage¹ an den Bahngleisen in Sieversstücken an die Osdorfer Landstraße angeschlossen werden. Eine BÜSTRA-Anlage kostet ca. 3-4 Mio €. Der Nachteil der BÜSTRA ist, dass es zu langen Wartezeiten am Bahnübergang kommen wird, da die Schranke in der Berufsverkehrszeit 4 min von 10 min geschlossen sein wird. Deswegen muss das neue Wohngebiet -anders als im gültigen B-Plan vorgesehen- auch über Suurheid für den Autoverkehr geöffnet werden.

Die derzeitige Planung sieht vor, dass der Autoverkehr aus dem neuen Wohngebiet heraus nahezu ausschließlich durch das im Westen anschließende Wohngebiet abfließt. Aus einem 30 km/h-Wohngebiet würde so mit einem Schlag eine Hauptverkehrsader für 600 WE und das Krankenhaus.

Für die Berechnung des Verkehrsaufkommens wird zunächst nur die Anzahl der 200 WE angenommen, da Flüchtlinge keine Autos haben, für die Anschlussnutzung werden 600 WE zugrunde gelegt. Man rechnet so zunächst mit 30-40 zusätzlichen Autos pro Stunde für Suurheid und das westliche Wohngebiet in Spitzenzeiten, später mit 130-140 Autos/h in Spitzenzeiten. Das sind laut Bezirksamt keine Größenordnungen, die ungewöhnlich oder unzumutbar seien.

¹ **Bahnübergangsteuerungsanlagen (BÜSTRA)**

Befindet sich ein Bahnübergang in unmittelbarer Nähe einer Kreuzung oder Einmündung mit Lichtzeichenanlage, so sind zur Sicherung besondere Maßnahmen erforderlich. Falls es vor einer Ampelanlage zu einem Rückstau auf dem Bahnübergang kommt, muss gewährleistet werden, dass der Bahnübergang geräumt werden kann. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Ampel an der Kreuzung oder Einmündung grün zeigt.

Um ein Abfließen des Verkehrs aus dem kritischen Bereich zwischen Ampel und Bahnübergang zu ermöglichen, werden BÜSTRA Anlagen eingesetzt. Diese Anlagen verbinden die Sicherungstechnik des Bahnübergangs mit der Sicherungstechnik der Kreuzung (oder Einmündung).

Der Verkehr, der sich im kritischen Bereich zwischen Bahnübergang und Kreuzung befindet, muss durch die Signalanlage „grün“ erhalten. Hierzu ist es zunächst notwendig, dass alle anderen Verkehrsströme „rot“ erhalten. Erst wenn der kritische Bereich vom Bahnübergang bis zur Kreuzung grün erhalten hat und genug Zeit zum Räumen vergangen ist, darf ein Schrankenschluss beginnen. Andernfalls könnte es passieren, dass wartende Fahrzeuge im Schrankenbereich eingesperrt werden oder Schrankenbäume auf Fahrzeuge prallen.

Quelle: Wikipedia

Die Berechnung des zusätzlichen Verkehrsaufkommens wurde von zahlreichen Teilnehmern aus eigener Erfahrung als zu niedrig und damit unrealistisch angesehen. Außerdem wurde erläutert, dass die anliegenden Straßen des Wohngebietes ohnehin schon durch den Ausbau der Sportplätze zu Spitzenzeiten an ihre Kapazitätsgrenze stoßen.

Es fiel während der Diskussion auf, dass die Planer des Bezirksamtes wenig Kenntnis über die Verkehrsströme im Wohngebiet, z.B. die Schleichwege nach Wedel haben. Ein Verkehrsgutachten ist in Auftrag gegeben worden. Das Ergebnis soll in einer Sitzung des Verkehrsausschusses vorgestellt werden. VIN Rissen wird über diesen wichtigen Termin informieren.

Es stellt sich daher die Frage, warum im Haushalt der FHH, die Geld für Fahrradstraßen, Busbeschleunigungsspuren und Hauptstraßenrückbau ausgibt, nicht die zusätzlichen Mittel von ca. 2 Mio Euro vorhanden sind, um das neue Wohngebiet über eine Brücke sinnvoll direkt an die Hauptverkehrsstraße B431 zu erschließen und damit nicht nur einen langen Umweg des Autoverkehrs durch das westlich angrenzende Wohngebiet und den Schulweg zahlreicher Kinder zu verhindern und gleichzeitig die langen Schrankensperrzeiten zu vermeiden? Die 3-4 Mio Kosten für die angekündigte BÜSTRA-Anlage erscheinen nicht sinnvoll angelegt und die Mehrkosten für eine sinnvolle Anbindung, die sich mit den Interessen der Anwohner verträgt bei dem Gesamt-Investitionsvolumen für das Projekt gering. Warum kann die Stadt Hamburg die Kosten für die Brücke nicht alleine tragen?

Fazit der 3 Runden

Es gab durchaus auf allen 3 Veranstaltungen lebhaft Diskussions über die Bezirksplanung für Rissen-Suurheid. So ließ sich erkennen, dass zumindest auf Bürgerseite ein großes Interesse an Information, Diskussion und aktiver Mitgestaltung vorhanden ist. In wieweit welche Vorschläge allerdings in die Planungen des Bezirks und dann auch des Senats einfließen, blieb völlig unklar. Im Übrigen schienen die Planungen des Bezirks insbesondere für die Bebauung des BIMA-Grundstückes noch völlig offen zu sein. Der Senat spricht schließlich nach wie vor von geplanten 800 Wohneinheiten, während der Bezirk von 400 WE + 200 WE spricht und es den Anschein hat, dass niemand so recht weiß, was eigentlich genau passieren soll oder kann oder wird.

Deswegen stellte sich schließlich die Frage, ob der hohe personelle Aufwand für die Verwaltung aber auch für die Anwohner, die an 3 Abenden um 18.00 Uhr werktags vor Ort sein mussten, um mitwirken zu können, in einer vernünftigen Relation zum derzeitigen Sachstand der Planungen stand. Die FDP hatte dazu einen Antrag in der leider parallel stattfindenden Bezirksversammlung gestellt (s. Anlage).

Die Gesprächssituation wirkte aus diesen Gründen teilweise künstlich: man redete über einen Sachverhalt, den es so noch gar nicht gab. Man stellte Überlegungen zu Plänen an, ohne zu wissen, womit man rechnen konnte. Man hörte zu, man sprach, man fragte – bekam auf die entscheidenden, konkreten Fragen dann aber oft keine konkrete Antwort.

Für VIN Rissen heißt das, dass wir

- die Ergebnisse der 3 Veranstaltungen erwarten
- weiterhin Antworten auf unsere sehr konkreten Fragen einfordern
- erneut über die Kurzsichtigkeit der Pläne erstaunt sind
- erkennen müssen, dass es dem Senat und dem Bezirksamt auch darum geht, einen aus ihrer Sicht nicht mehr zeitgemäßen Bebauungsplan auszuhebeln und kurzfristig eine dichtere Bebauung umzusetzen
- uns nach wie vor für langfristige Planungen einsetzen, in deren Mittelpunkt die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge steht
- uns weiterhin dafür engagieren, dass die Flüchtlinge überall in Hamburg, dezentral und in kleinen Unterkünften wohnen werden.

Es wird offizielle Protokolle der 3 Veranstaltungen geben, die auf der Webseite des Bezirksamts veröffentlicht werden. Alle Vorschläge, die auf den Metaplankarten dokumentiert wurden, sollen in diesen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der 3 Runden werden außerdem auf einer Abschlussveranstaltung am 19. April vorgestellt.